

Antrag

der Abgeordneten Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, Martin Hess, Steffen Janich, Dr. Christian Wirth, Dr. Christina Baum, Marc Bernhard, Marcus Bühl, Thomas Dietz, Edgar Naujok, Jan Wenzel Schmidt und der Fraktion der AfD

Zurückweisungen von Asylantragstellern ohne Visum oder gültigen Aufenthaltstitel an der Bundesgrenze – Pilotversuch umgehend starten

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich – zunächst begrenzt auf drei Monate – alle Personen an der Bundesgrenze zurückzuweisen, die ohne Visum oder gültigen Aufenthaltstitel einzureisen versuchen.

Dies gilt insbesondere auch in den Fällen, in denen andere EU-Mitgliedstaaten für das Asylverfahren zuständig sind, weil die jeweiligen Personen dort in die EU eingereist sind. Sie hätten ihren Asylantrag auch noch im letzten Transitstaat vor der versuchten Einreise nach Deutschland stellen können.

Berlin, den 3. Dezember 2024

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Deutschland leidet unter den Folgen der jahrelangen ungesteuerten Massenmigration. Die Konsequenzen daraus zeigen sich u.a. in Überlastung der Kommunen, ausufernden Kriminalitätszahlen, übermäßiger Beanspruchung des Sozialstaates und seiner Leistungen. Hinzu kommt, dass immer weitere Anwachsen von Parallelgesellschaften und die Bedrohung durch islamistische Eiferer und Terroristen.

Details, Zahlen, Fakten und Hintergründe sind bereits in unzähligen Debatten, Anträgen, Gesetzesentwürfen im Plenum des Deutschen Bundestages sowie in dessen Ausschüssen beleuchtet worden. Auch die Fraktion der CDU/CSU forderte jüngst grundlegende Korrekturen des Grenzmanagements.

So hieß es in einem Artikel von Zeit-Online vom 12.09.2024¹:

¹ <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-09/merz-zurueckweisungen-test-ampel>

„CDU-Chef Friedrich Merz hat in der Debatte um schärfere Asylregeln einen neuen Vorschlag gemacht: Er regt an, Zurückweisungen ab dem 1. Oktober für drei Monate zu testen. Zurückweisungen an den deutschen Grenzen seien kurzfristig der einzig effektive Weg, um die irreguläre Migration nach Deutschland zu beenden (...)“.

Merz sagte der Funke Mediengruppe wörtlich: "Wenn es der Ampel so schwerfällt, das zu akzeptieren, dann schlage ich vor, dass wir diese Zurückweisungen ab dem 1. Oktober zunächst für drei Monate lang vornehmen". Allein die Signalwirkung dieser Maßnahme werde die Anzahl der in Deutschland ankommenden Menschen in kürzester Zeit stark reduzieren. "Nach den drei Monaten ziehen wir dann Bilanz." Die Bundesregierung werde vielleicht dann erkennen, dass dies der richtige Weg sei.“

In einem Entschließungsantrag vom 16.10.2024² fordert die Fraktion der CDU/CSU im Deutschen Bundestag die Bundesregierung auf, „zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und zum Schutz der inneren Sicherheit in Deutschland im Sinne von Artikel 72 AEUV gemäß Artikel 16a Absatz 2 GG und § 18 Absatz 2 Asylgesetz umgehend auch solche Personen an den Binnengrenzen zurückzuweisen, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU oder des Schengen-Raums bereits Aufnahme gefunden haben oder die einen Asylantrag auch in einem Staat, aus dem sie einreisen wollen, stellen können“.

In einem Artikel von „Presse Augsburg“ vom 13.09.2024³ heißt es zudem über die Haltung der FDP in dieser Frage: „Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) hat in einem Gespräch mit der Union am Dienstag den Vorschlag gemacht, einen ‘Pilotversuch‘ für direkte Zurückweisungen von Migranten an der Grenze durchzuführen.“

Prinzipielle Zurückweisungen an der Grenze in diesem Sinne fordert die AfD-Bundestagsfraktion seit Jahren.

Im Jahre 2023 verzeichnete Frontex 385.445 unerlaubte Grenzübertritte in die Europäische Union. Die am stärksten vertretenen Herkunftsnationen waren Syrien (27,8%), Guinea (5,6%), Senegal (5,2%) und Afghanistan (5,2%).⁴ Für die meisten dieser Personen war Deutschland das Ziel. Das BKA verzeichnete im selben Jahr 266.224 unerlaubte Einreisen und unerlaubt aufhältige Personen.⁵ Eine Schätzung der Dunkelziffer unerlaubter Einreisen nach Deutschland ist nach Auskunft der Bundesregierung nicht möglich⁶.

Insgesamt hielten sich mit Ablauf des Jahres 2023 in Deutschland – laut offiziellen Zahlen – 2.934.850 Personen auf, die als „Geflüchtete“ bezeichnet werden. Das sind fast doppelt so viele wie im Jahr 2016.⁷

Angesichts der enormen Belastungen, die durch diese Zahlen entstehen, ist ein weiterer unkontrollierter Zustrom nach Deutschland nicht tragbar!

Zurückweisungen an den Grenzen sind nicht nur objektiv möglich, sondern sogar geboten, erklärte auch der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts Hans-Jürgen Papier. Die europäische Integration hat dort Schranken, wo Kernbereiche der nationalen Souveränität betroffen sind. «Die deutsche Rechtslage ist eindeutig», so Papier. «Wer aus einem sicheren Drittstaat anreist, dem ist die Einreise zu verweigern.» Das europäische Recht steht dem nicht entgegen. «Es gibt zwar einen Anwendungsvorrang für Europarecht gegenüber deutschem Recht, auch deutschem Verfassungsrecht, aber auch dieser hat Grenzen».⁸

EU-Recht darf das nationale Recht nicht aushöhlen. Papier erklärt weiter: «Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union stößt auf verfassungsrechtliche Integrationschranken. (...) Deutschland kann in meinen Augen europarechtlich nicht gezwungen werden, jeder Person auf der Welt, die an seinen Grenzen angibt, Asyl beantragen zu wollen, die Einreise zu gewähren. Das würde den Kernbereich der staatlichen Souveränität Deutschlands antasten.»⁹

² Bundestagsdrucksache 20/13415.

³ <https://presse-augsburg.de/buschmann-bot-pilotversuch-fuer-direkte-zurueckweisungen-an/971296/>

⁴ https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/promoting-our-european-way-life/statistics-migration-europe_en#irregular-border-crossings

⁵ <https://www.dw.com/de/illegale-einwanderung-nach-deutschland-stark-gestiegen/a-70004877>

⁶ Vgl. die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Gruppe die Linke vom 18. 9. 2024 auf Bundestagsdrucksache 20/13049: „14. Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Dunkelziffer der monatlich unerlaubten Einreisen ein? [Antwort:] Valide Bewertungsgrundlagen für eine Schätzung im Sinne der Fragestellung liegen der Bundesregierung nicht vor. Eine Schätzung ist der Bundesregierung daher seriös nicht möglich. ...“

⁷ BKA, Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2023, S.7, https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2023.html?nn=62336

⁸ <https://www.nzz.ch/international/asylrecht-grenzzurueckweisungen-laut-verfassungsrechtler-papier-geboten-ld.1847527>

⁹ ebenda